

**Wolfgang Lemb**

**Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall**



## **1. Mai: Zeit für mehr Solidarität**

**Rede auf der Kundgebung zum 1. Mai 2016 in Erfurt**

**Sperrfrist Redebeginn**

**Es gilt das gesprochene Wort!**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich freue mich als ehemaliger Erfurter heute am 1. Mai – unserem Tag der Arbeit - hier bei Euch auf dem Anger zu sein.

„Mehr Zeit für Solidarität“ – das ist das Motto unseres diesjährigen 1. Mai.

Und viel Solidarität braucht dieses Land bei den gewaltigen Aufgaben vor denen wir in Deutschland und Europa stehen.

Dies gilt:

- für gute Arbeit und gerechte Löhne
- für soziale Sicherheit bei Krankheit und im Alter.
- Dafür, wie wir die Zukunft der Arbeit gestalten.

Und dafür: Was es an Kitt braucht, um die Gesellschaft zusammen zu halten.

Viel Solidarität und deutliche Gerechtigkeit braucht es. Ebenso um Schluss zu machen mit Niedrig- und Niedrigsteinkommen. Prekäre Arbeit muss verschwinden.

Nach jahrelanger Auseinandersetzung haben wir den Mindestlohn durchgesetzt. Was wurde nicht alles gesagt und geschrieben. Der Untergang schien ganz nah. Deutschland wird seine Zukunftsfähigkeit verspielen, Arbeitsplätze verlieren. Ganze Branchen werden verschwinden. Nichts, aber auch gar nichts von dem ist eingetreten.

Fakt ist doch: 3,7 Millionen Menschen profitieren vom Mindestlohn!

Besonders im Osten: Allein hier in Thüringen profitierten kurz nach der Einführung des Mindestlohns schon 200.000 Menschen von einem höheren Einkommen. Ganz besonders: Frauen, Beschäftigte in der Dienstleistung und gering Qualifizierte. Hier im Osten sind seit dem Start des Mindestlohns die Löhne um mehr als 8 Prozent gestiegen!

Klar ist: 8,50 Euro ist die unterste Grenze des Anstands. Bei der kommenden Anpassung muss es deutlich mehr geben!

Kolleginnen und Kollegen,

wir werden nicht nachlassen in unserem Kampf, wieder für mehr gerechtere Ordnung auf dem Arbeitsmarkt einzutreten.

Wir wollen, dass der Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen endlich beendet wird.

Gerade viele junge Menschen sagen heute: „Ich bin Leiharbeiter. Ich bin Werkvertragsnehmer. Damit ein Arbeiter zweiter Klasse.“ Das darf nicht sein. Das werden wir niemals akzeptieren.

Bei der Leiharbeit sind wir schon einen guten Schritt vorangekommen. Nun ist es an der Zeit, endlich den Missbrauch durch Werkverträge zu verhindern! Die Bundesarbeitsministerin hat dazu einen Gesetzentwurf vorgelegt. Die Höchstüberlassungsdauer soll künftig 18 Monate betragen. Nach 9 Monaten gilt: gleiche Bezahlung für Leiharbeiter und Stammbeschäftigte. Außerdem steht drin: Verbot von Streikbruch durch Einsatz von Leiharbeitnehmern und erweiterte Informationsrechte des Betriebsrats. Wir haben allerdings weitergehende Vorschläge gemacht. Vor allem bei Werkverträgen bleibt der Gesetzentwurf weit hinter dem Notwendigen zurück. Es fehlt die Mitbestimmung für Betriebsräte bei der Fremdvergabe von Arbeit. Die konnten wir nicht durchsetzen.

Kolleginnen, Kollegen, trotz unserer Kritik gilt: Der Gesetzentwurf geht in die richtige Richtung. Weitere Querschläge von CSU oder den Arbeitgeber-Lobbyisten werden wir nicht akzeptieren! Wir wollen einen Arbeitsmarkt, der gute Rahmenbedingungen schafft. Für gute, faire und sichere Arbeit!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
um unseren fairen Anteil geht es wieder in den aktuellen Tarifrunden. Besser gesagt: Tarifbewegungen! Tarifbewegungen heißen so, weil sie etwas in Bewegung bringen – Bewegung hin zu mehr Verteilungsgerechtigkeit. Es geht uns z.B. um die 100.000 Beschäftigten in der ME-Industrie Thüringen. Von denen profitiert nur jeder fünfte vom Tarif. Und insgesamt geht es uns um bessere Einkommen für rund 12 Millionen Beschäftigte in der Bau-, Chemie- und Metallindustrie sowie im Öffentlichen Dienst.

Kolleginnen und Kollegen,  
wir stehen als Gewerkschaften solidarisch zusammen, wenn es darum geht, unsere berechtigten Forderungen durchzusetzen!

Unsere Forderungen bewegen sich alle um bescheidene fünf Prozent. Die Arbeitgeber im öffentlichen Dienst bieten 3 Prozent für zwei Jahre, die Metallarbeitgeber haben auch mit ihrem jüngsten Angebot noch einen draufgesetzt: 2,1 Prozent auf 24 Monate in der Metall- und Elektroindustrie! Kolleginnen und Kollegen: Das sind keine Angebote. Das ist lächerlich und respektlos. Das sind Provokationen!

Dabei wissen wir alle: Gute Löhne stärken die Konjunktur und kurbeln die Binnenwirtschaft an. Die Unternehmen können sich gute Löhne leisten, denn die Wirtschaft ist und bleibt stabil. Ihr wisst es: Mit Speck fängt man Mäuse – ohne gute Löhne auch keine Attraktivität für Fachkräfte. Und die braucht gerade Thüringen in den nächsten Jahren dringend!

Das gleiche gilt für den öffentlichen Dienst: Wer gute öffentliche Leistungen will, muss sich gut bezahlte Beschäftigte leisten. Wir benötigen im öffentlichen Dienst mehr Personal, mehr Weiterbildung und mehr gute Arbeit. Schluss mit sachgrundlosen Befristungen im öffentlichen Dienst, für eine bessere Altersversorgung, mehr Qualität in der Berufsausbildung und eine sichere Übernahme.

Kolleginnen und Kollegen,

die Kollegen von ver.di sind schon seit einigen Wochen auf der Straße, die Metaller antworten seit der Nacht zum Freitag mit massiven Warnstreiks auf die Provokationen der Arbeitgeber.

Unsere Botschaft ist einfach und eindeutig: Wir sind stinksauer! Wir erwarten bessere Angebote und unseren fairen Anteil.

Der Verhandlungsführer der thüringischen Metallarbeitgeber, Kaeser, ist doch ein Spezialist für Kompressoren und Drucklufttechnik. Er sollte doch am besten wissen, dass der Druck steigt, wenn es im Kessel zu eng ist. Statt sich selbst wirft er der IG Metall Realitätsverweigerung vor.

Aber gut, die Metallarbeitgeber brauchen offenbar den Druck auf den Kessel um ein verhandlungsfähiges Angebot vorzulegen. OK, dann werden sie ihn bekommen!

Und wenn der Warnstreikdruck nicht ausreicht, dann werden wir den Druck noch weiter erhöhen,

Kolleginnen und Kollegen!

Bei dieser Tarifbewegung geht es uns Metallerrinnen und Metallern um mehr als nur Geld.

Wir wollen, dass mehr Betriebe in die Tarifbindung kommen. Hier in Thüringen sind nur knapp 25 Prozent der Betriebe tarifgebunden. Nicht einmal 50 Prozent der Beschäftigten profitieren vom Tarifvertrag.

Für die Betroffenen bedeutet das handfeste Nachteile: Sie müssen länger arbeiten und verdienen trotzdem etwa 25 Prozent weniger.

Ihr wisst es: Gute Arbeit hat ihren Preis! Und wer von uns gute Arbeit haben will, der muss eben gut bezahlen!

Und den Arbeitgebern sage ich: Wer glaubt sich auf Dauer davon stehlen zu können, den werden wir eben stellen! Es ist höchste Zeit für mehr Solidarität, Kolleginnen und Kollegen!

Reparaturbedarf in Sachen Gerechtigkeit gibt es auch bei den sozialen Sicherungssystemen: Vor zehn Jahren wurde die hälftige Finanzierung der Gesetzlichen Krankenkassen durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer abgeschafft. Seitdem zahlen die Beschäftigten – aber auch Rentnerinnen und Rentner - für alle Kostensteigerungen allein. Tendenz weiter steigend.

Im Jahr 2016 macht das einen Betrag von über 14 Milliarden Euro aus. Das fehlt enorm beim Einkommen. Bei einem durchschnittlichen Einkommen bedeutet das rund 350 Euro jährlich weniger auf dem Konto.

Ich fordere deshalb: Zurück zur paritätischen Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung! Das ist vor allem eine Frage der Gerechtigkeit und des Anstands.

Kolleginnen und Kollegen,

viele von uns machen sich Sorgen, wie sie im Alter einigermaßen über die Runden kommen sollen. Sie fragen sich, wird meine Rente ein gesichertes Leben ermöglichen? Viele von Euch in Thüringen haben darauf bislang keine

verlässliche Antwort. Deshalb werden wir die gesicherte Rente zum Kernthema bis zur Bundestagswahl machen. Und das auch danach aktiv und hartnäckig verfolgen. Die gesetzliche Rente muss wieder zu dem werden, was sie einmal war und was sie sein muss: Ein solidarisches, auskömmliches und sicheres Einkommen für eine Lebensleistung in Arbeit. Und dafür brauchen wir keine Rente erst mit 67, sondern wir brauchen Konzepte gegen Altersarmut. Wir brauchen ein deutlich höheres Rentenniveau, als es uns die Regierung zugestehen will.

Besonders ärgerlich ist: die Junge Union und Minister Schäuble wollen den Rentenbeginn auf 70 Jahre schieben. Was denn noch? Wir lehnen diese Ideen ab.

Wenn wir uns in Thüringen umschauchen dann fallen mir gleich 3 Beispiele ein. Beschäftigte bei N3, bei Siemens, im Klinikum. Wie sollen sie angesichts der hohen Arbeitsverdichtung, bei ständig steigenden Qualitätsansprüchen, den enormen psychischen und physischen Belastungen das leisten?

Die Junge Union und Minister Schäuble sollten sich mal die Lebensbedingungen der Menschen in Thüringen anschauen. Sie sollten das Lohn- und Rentenniveau analysieren. Dann würden sie wissen, dass für zusätzliche private Rente nicht ein Cent übrig ist.

Lasst uns gemeinsam dafür sorgen, dass wir endlich eine zukunftsfeste, solidarische Erwerbstätigenversicherung für alle einführen. Damit der Lebensstandard im Alter gesichert ist

Wer Generationengerechtigkeit fordert, der muss doch vor allem eines tun: Dafür sorgen, dass die Jüngeren sichere und gut bezahlte Arbeit bekommen. Das würde auch helfen im Kampf gegen Rechts.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wenn wir am 1. Mai von Solidarität und Demokratie sprechen, dann erinnern wir uns immer daran, dieser Tag wird missbraucht von den Feinden der Demokratie. Heute hat in Erfurt die Partei „Die Rechte“ bundesweit die Nazi-Gruppen zum sogenannten „Arbeiterkampftag“ mobilisiert. Wie ihre geistigen Vorbilder aus dem letzten Jahrhundert versuchen die uns, der

Arbeiterbewegung, die Begriffe und die Inhalte zu stehlen und sie zu missbrauchen.

Das wissen wir aus der Geschichte: ihr vorgeblicher „National-Sozialismus“ hat mit Anti-Kapitalismus nichts, aber auch gar nichts zu tun, Kolleginnen und Kollegen!

Viele von denen haben ihre Springerstiefel und Bomberjacken gegen feinen Zwirn getauscht. Sie sitzen in den Parlamenten und präsentieren sich als vermeintliche „Kämpfer für soziale Gerechtigkeit“. Hier in Thüringen treibt ein Geschichtslehrer aus Hessen sein Unwesen. Er ist ein Hass-Redner mit zweifelhafter Gabe - wie sein rhetorisches Vorbild aus den dunkelsten Zeiten. Die vermeintliche „Alternative für Deutschland“ versucht sich gerne als Anwalt der Schwächsten. Als Partei der kleinen Leute. Doch das Gegenteil ist der Fall. In dem Parteiprogramm könnt ihr es nachlesen. Deren Steuermodell stärkt Reiche.

Das Betriebsverfassungsgesetz wird in Frage gestellt, die Erbschaftssteuer soll abgeschafft werden.

Kolleginnen und Kollegen, das Frauenbild von denen ist nahe beim Mittelalter, das ist frauenfeindlich, weit weg von unseren Prinzipien. Die wollen an den Grenzen wieder auf Menschen schießen lassen. Sie kochen eine trübe Suppe aus Fremdenfeindlichkeit und Rassismus.

Solch einer Partei darf niemand auf den Leim gehen.

Nein, die sind nicht das Volk. Die meisten Deutschen schämen sich für diese Anmaßung. Sie sind eine Schande für Deutschland!

Wir sind das Volk. Das ist unser Ruf seit 89. Das nimmt uns niemand

Wir sind das Volk und daher müssen wir entschieden dagegen halten, Kolleginnen und Kollegen!

Gegen Rechte und Rassismus hilft nur klare Kante!

Das gilt heute, an unserem 1. Mai - und die nächste Zeit. Wir wollen die Auseinandersetzung in den Parlamenten, auf den Straßen und Plätzen, aber auch in den Betrieben führen und bestehen, Kolleginnen und Kollegen!

Wir werden eindeutig Stellung beziehen: Wir wehren uns gegen Rechtsextremismus und Nationalismus, gegen Rassismus und Intoleranz. Wir verteidigen die Grundwerte des sogenannten christlichen Abendlandes. Wir wollen eine demokratische, freie, soziale, offene und gerechte Gesellschaft. Aus unserer Geschichte haben wir gelernt. Nicht gegeneinander, nur miteinander kann Europa seine Probleme lösen! Kolleginnen und Kollegen, wir sind alle Europäer!

Wie sieht dieses Europa heute aus? Aus der Finanz- und Wirtschaftskrise in Europa ist längst eine soziale Krise geworden. Aus dem Flüchtlingsdrama ist eine politische Zerreißprobe geworden. Mit jedem im Mittelmeer ertrunkenen Flüchtling stirbt ein Teil der europäischen Idee. Wo bleibt die Bekämpfung der Fluchtursachen?

Die Hoffnung auf ein Leben in Freiheit und Würde endet an den neu errichteten Schlagbäumen und militärisch gesicherten Grenzanlagen. Dem europäischen Haus fehlt das soziale und solidarische Fundament. Und in Deutschland zeigt sich, wie falsch das starre Festhalten an der jetzigen Politik ist. Denn auch Herrn Schäuble ist die »schwarze Null« wichtiger als ein zukunftsfähiges Gemeinwesen.

Kolleginnen und Kollegen,  
ein „Weiter so“ darf es deshalb nicht geben! Mit der bisherigen falschen Krisenpolitik kommt Europa nicht aus der Krise. Die Europäische Union darf kein Bollwerk errichten gegen Menschen, die vor Verfolgung und Bombenterror flüchten. Egal aus welchem Land sie kommen. Europa würde daran scheitern, sowohl politisch als auch moralisch. Europa braucht einen Kurswechsel! Nicht irgendwann, sondern jetzt!

Dieser Kurswechsel beginnt mit einem großen humanitären Sofortprogramm Europas. Ob das mit der Türkei geht? Wie hoch ist der Preis für die Absprachen? Und am Ende müssen wir uns fragen wie abhängig oder gar erpressbar wir sind. Unsere Unabhängigkeit ist ein hohes Gut. Das musste hart erarbeitet werden. Nach dem verlorenen Krieg, aufgeteilt in

Besatzungszonen, war das ein langer Weg. Starke Gewerkschaften und durch gute Arbeit haben wir uns Freiräume erarbeitet.

Sind diese Freiräume gefährdet? Vielleicht vom Freihandelsabkommen.

Im letzten Jahr haben wir mit unserem Protest bei den TTIP-Verhandlungen einiges erreicht. Am Ziel sind wir noch nicht.

Wir wollen soziale Rechte statt undurchsichtiger Schiedsgerichte für private Investoren. Deshalb sagen wir: „CETA? So nicht!“

CETA bedroht öffentliche Dienstleistungen, ebenso Arbeits- und Sozialstandards. Wir fordern die EU-Kommission auf, sich endlich für fairen Welthandel einzusetzen – mit starken Rechten für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer! Die Beschäftigten dürfen nicht zum Spielball egoistischer wirtschaftlicher Interessen werden! Und die Demokratie darf nicht auf der Strecke bleiben! Nach jetzigem Stand soll nicht einmal der Bundestag darüber abstimmen, ob CETA in Kraft tritt oder nicht.

Geschweige denn Änderungen verlangen können.

Dazu sagen wir entschieden: Nein, Nein, Nein!

Das haben wir bei den großen Demonstrationen gegen TTIP und CETA in Berlin und am vergangenen Wochenende in Hannover deutlich gesagt.

Das machen wir auch heute wieder deutlich und sagen unserem

Wirtschaftsminister: Lieber Sigmar, „das Freihandelsabkommen darf Arbeitnehmerrechte, Verbraucherschutz-, Sozial- und Umweltstandards nicht gefährden. Einen Dumping-Wettbewerb, bei dem Staaten und Unternehmen sich Vorteile über Sozial- und Umweltschutzdumping verschaffen, lehnen wir ab. Deshalb muss im Rahmen des Handelsabkommens darauf hingewirkt werden, Mitbestimmungsrechte, Arbeits-, Gesundheits- und Verbraucherschutz- sowie Sozial- und Umweltstandards zu verbessern.“

Das sind unsere Sorgen liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir machen uns auch Sorgen wegen der unklaren Zukunft. Was wird sie uns bringen, was nicht?

Keine Frage: Die Integration der vor Krieg, Elend und vor politischer Verfolgung Geflohenen in Deutschland erfordert kluges und mutiges Handeln. Was wir zugleich brauchen ist eine soziale Infrastruktur zugunsten aller hier lebenden Menschen.

Das Grundproblem, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist doch für alle, die hier leben, arbeiten und Steuern zahlen: der Staat spart zu viel und investiert zu wenig. Straßen und Brücken werden nicht mehr repariert, Schulen nicht saniert, Schwimmbäder geschlossen. In vielen Gemeinden wird nur noch der elende Mangel verwaltet. Seit vielen Jahren wird in Deutschland an den falschen Stellen gespart. An Lehrern. An Kitas. An Polizisten. Bei den Arbeitslosen. Am Wohnungsbau. An Schulgebäuden und Straßen. Am Breitbandnetz. An der Energiewende. Und. Und. Und.

Alleine die Kommunen haben einen Investitionsstau von 132 Milliarden Euro. Schon für die Straßen brauchen wir jährlich 7 Milliarden Euro in den nächsten 10 bis 15 Jahren.

Jetzt, wo so viele Menschen neu zu uns kommen, werden die Finanzlöcher noch deutlicher.

Geld ist reichlich vorhanden. Es ist nur woanders. Die fixe Idee von der schwarzen Null tut ihr übriges. Bei den Vermögenden und Superreichen. Ein Prozent der reichsten Deutschen besitzt ein Drittel des gesamten Vermögens aller Deutschen. Die reichsten zehn Prozent mehr als zwei Drittel. Die Zahl der Superreichen und ihr Vermögen nehmen ständig zu. Genauso wie die Armut. Kolleginnen und Kollegen, das ist eine Schande und zutiefst ungerecht!

Die mittleren und unteren Einkommen finanzieren mit ihren Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen das Gemeinwesen und kurbeln mit ihrem Konsum die Wirtschaft an.

Mit dem Geld der Reichen, wird dagegen hemmungslos spekuliert.

Wohin das führt, haben wir in der Finanz- und Wirtschaftskrise gesehen.

Wir sagen: Starke Schultern müssen endlich wieder mehr tragen.

Unser Appell: Führt höhere Steuern bei Spitzeneinkommen, bei großen Erbschaften und Kapitalerträgen ein. Die Vermögenssteuer muss wieder her, ebenso eine wirkungsvolle Erbschaftssteuer. Höhere Steuern auf Spitzeneinkommen und eine einmalige Vermögensabgabe, das ist der richtige Weg, Kolleginnen und Kollegen!

Aber nicht genug damit, dass große Vermögen nicht ausreichend besteuert werden. Zusätzlich sorgt die Flucht in Steueroasen dafür, dass sich manch einer seiner gesellschaftlichen und steuerlichen Verantwortung komplett entzieht.

Ihr wisst schon, was ich meine!

Janoschs Kinderbuchtitel „Oh, wie schön ist Panama!“ hat in den letzten Wochen eine ganz neue Bedeutung bekommen!

Kolleginnen und Kollegen, Spaß beiseite! Da läuft doch was gewaltig schief!

Kolleginnen und Kollegen,  
politisch läuft vieles schief. Trotzdem, lasst uns den Blick auf die große Mehrheit der deutschen Gesellschaft richten. Sie ist von hilfsbereiten, klugen und aufgeschlossenen Menschen geprägt.

Das unermüdliche Engagement von Vielen von Euch steht für eine neue Willkommenskultur in Deutschland. Für ein Land das offen steht für Menschen, die aus Angst um Leib und Leben bei uns Schutz suchen. Darauf können wir stolz sein! Euch allen einen ganz, ganz herzlichen Dank dafür!

Kolleginnen und Kollegen!

Die Integration muss und kann eine Erfolgsgeschichte werden. Flüchtlinge und finanziell Schwache dürfen dabei nicht gegeneinander ausgespielt werden. Am besten funktioniert Integration über Bildung, Ausbildung und Arbeit. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften haben bereits an vielen Stellen die Initiative ergriffen.

Wir haben mit dem Integrationsjahr – also einem Mix aus Arbeit, Deutsch lernen und Qualifizierung – einen guten Vorschlag in die Debatte eingebracht.

Meine Bitte an Euch: Wenn wir mit Kopf und Herz umsteuern, werden wir alle daran wachsen: menschlich, gesellschaftlich und wirtschaftlich.

Wenn wir jetzt richtig klug in unsere Zukunft investieren, wird Deutschland in zehn Jahren ein stärkeres, ein sozial gerechteres und ein ökologisch nachhaltigeres Land sein.

Es reicht nicht mehr zu sagen: „Wir schaffen das“ – jetzt heißt es: „Wir machen das!“ All das für eine gute Zukunft in Deutschland, uns hier in Thüringen. Das ist gelebte Solidarität. Das ist unser 1. Mai.

Und jetzt lasst uns unseren 1. Mai feiern, Kolleginnen und Kollegen!